



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 16.01.2017

Niederschrift

über die **21. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.01.2017, 16:35 Uhr bis 17:27 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter von Herrn Sterck
Frau Monika Möller	SPD	Vertreterin von Herrn Börschel

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug	AfD
------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Dr. Rainer Heinz

Büro der Oberbürgermeisterin

GPR

Herr Ulrich Langner

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel

SPD

vertreten durch Frau Möller

Herr Ralph Sterck

FDP

vertreten durch Herrn Breite

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Als neue Kolleginnen und neuen Kollegen begrüßt sie Herrn Stadtdirektor Dr. Keller, Frau Beigeordnete Blome und Frau Dahmen als neue Gleichstellungsbeauftragte.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil:

2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung betreffend: Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung (KIVEK)
0063/2017

2.1.2 Rückmeldung der beteiligten Behörden und Ämter zur Silvesternacht 2016
0025/2017

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017

Antwort der Verwaltung
0066/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

11.1.1 Verlängerung eines Erbbaurechtes 4201/2016/1

Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

4.1 gem. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die Grünen, Fraktion DIE LINKE, Piraten-Gruppe und GUTe Gruppe betreffend: Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln AN/0022/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (AN/0022/2017)
AN/0024/2017

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Information zum aktuellen Sachstand der Verwaltungsreform – Vortrag von Herrn Dr. Heinz

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung betreffend: Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung (KIVEK)
0063/2017

2.1.2 Rückmeldung der beteiligten Behörden und Ämter zur Silvesternacht 2016
0025/2017

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017

Antwort der Verwaltung
0066/2017

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 gem. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die Grünen, Fraktion DIE LINKE, Piraten-Gruppe und GUTE Gruppe betreffend: Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
AN/0022/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (AN/0022/2017)
AN/0024/2017

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

- 11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 11.1.1 Verlängerung eines Erbbaurechtes
4201/2016/1
- 11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

- 12.1 Verlängerung des Anstellungsvertrages mit der Intendantin der Puppenspiele der Stadt Köln
3227/2016
- 12.2 Personalie
4285/2016

13 Mündliche Anfragen

14 Sonstige allgemeine Vorlagen

I. Öffentlicher Teil

Frau Oberbürgermeisterin Reker zieht vor Eintritt in die Tagesordnung ein positives Resümee sowohl des Sicherheitskonzeptes als auch der Illumination an Silvester.

Sie bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten insbesondere bei Polizei, Stadt und KVB, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hätten. Nun müsse erörtert werden, ob dieser Standard so beibehalten werde. Dies sei auch eine Ressourcenfrage.

A Information zum aktuellen Sachstand der Verwaltungsreform – Vortrag von Herrn Dr. Heinz

Herr Dr. Heinz berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage) über den aktuellen Sachstand der Verwaltungsreform.

Frau Stahlhofen erfragt vor dem Hintergrund der Stellenbesetzungen den Sachstand zum Antrag AN/1831/2016 aus der Ratssitzung am 17.11.2016 (TOP 3.1.1, Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kommunale Beschäftigungsförderung"; Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1899/2016).

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine Information zum Umsetzungsstand des Antrages zu.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung betreffend: Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung (KIVEK) 0063/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.1.2 Rückmeldung der beteiligten Behörden und Ämter zur Silvesternacht 2016 0025/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017**

**Antwort der Verwaltung
0066/2017**

Frau dos Santos Herrmann bittet, die Beantwortung für die Sondersitzung am 19.01. erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Mitteilung wird zurück gestellt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 gem. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die Grünen, Fraktion DIE LINKE, Piraten-Gruppe und GUTe Gruppe betreffend: Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
AN/0022/2017**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (AN/0022/2017)
AN/0024/2017**

Frau dos Santos Herrmann begründet den Dringlichkeitsantrag aus Sicht der SPD-Fraktion.

Herr Petelkau erläutert den Standpunkt der CDU-Fraktion zum Thema.

Herr Frank schildert die Hintergründe des Dringlichkeitsantrages aus der Sicht der Fraktion Die Grünen und nimmt zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion Stellung.

Frau Stahlhofen führt aus, weshalb Die Fraktion DIE LINKE dem Dringlichkeitsantrag zustimme.

Herr Breite erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und verweist auf den § 25b Aufenthaltsgesetz.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Änderungsantrag (AN/0024/2017) abstimmen, der lautet:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

"Die Menschen, die in unser Land geflohen sind, brauchen klare und einheitliche Regelungen hinsichtlich ihrer Bleibeperspektive. Dieses gilt auch für die vielen langjährig geduldeten Menschen, die bei uns leben. Diese Aufgabe kann nicht auf kommunaler

Ebene gelöst werden. Deshalb bittet der Rat der Stadt Köln die Bundesregierung, ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Dieses Gesetz soll klare Kriterien benennen, die bundesweit einheitlich definieren, welche Menschen auch unabhängig vom Ausgang ihrer Asylverfahren eine Bleibeperspektive haben."

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Dringlichkeitsantrag (AN/0022/2017) abstimmen, der lautet:

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln bittet die Verwaltung alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langfristig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Dabei ist vorauszusetzen, dass sich die langfristig geduldeten Menschen aktiv um ihre Integration bemühen und bei Ihnen keine ausländerrechtlich zwingenden Abschiebegründe, z.B. aufgrund von Straftaten, vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion zugestimmt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

Herr Breite fragt, ob bezüglich des Erweiterungsbaus des Wallraf-Richartz-Museums Einspruch bei der Vergabekammer erhoben worden sei.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, ein Anwalt sei mit Einlegung von Rechtsmitteln beauftragt worden. Die Verwaltung werde über den Sachstand berichten.

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Maria Knaup
Schriftführerin